

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. Oktober 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	2	Ilte, Wolfgang (SPD)	10, 11
Beer, Angelika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	25
Behrendt, Wolfgang (SPD)	7, 16	Kaspereit, Sabine (SPD)	33, 34
Conradi, Peter (SPD)	32	Kubatschka, Horst (SPD)	1
Dr. Däubler-Gmelin, Herta (SPD)	14, 15	Kuhlwein, Eckart (SPD)	21, 22
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	23, 24
Doss, Hansjürgen (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Pinger, Winfried (CDU/CSU)	5, 6
Erler, Gernot (SPD)	12, 13	Schauerte, Hartmut (CDU/CSU)	19, 20
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	30, 31	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	35, 36
Ganseforth, Monika (SPD)	3, 4	Wallow, Hans (SPD)	8, 9

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Konsequenzen zur Verringerung des Energieverbrauchs durch den Stand-by-Betrieb von Büro- und Unterhaltungselektronikgeräten wird die Bundesregierung aus der vom Umweltbundesamt vorgelegten Studie „Klimaschutz durch Minderung von Leerlaufverlusten bei Elektrogeräten – Sachstand/Projektionen/CO₂-Minderungspotentiale“ ziehen, insbesondere im Hinblick auf eine gesetzliche Regelung zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs dieser Geräte im Stand-by- und im laufenden Betrieb analog dem Energieverbrauchkennzeichnungsgesetz (EnVKG) für Haushaltsgeräte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

2. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des Rentenrechts einzuleiten, um zu verhindern, daß eine unter Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin zustande gekommene Entscheidung der Landesbank Schleswig-Holstein wirksam wird, die es dieser und bestimmten Mitarbeitern des Institutes ermöglicht, von der Beitragspflicht zur solidarischen Rentenversicherung befreit zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Wie sollen nach Ansicht der Bundesregierung die arbeitsmarktbedingten immensen Defizite aufgrund stagnierender Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen in den neuen Bundesländern bewältigt werden, und wie bewertet sie eine Beitragssatzstützung für eine Übergangszeit bis zu einer endgültigen Regelung?

- | | |
|---|--|
| 4. Abgeordnete
Monika
Ganseforth
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit eines gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs, und wie müßte er modifiziert werden, um nicht eine finanzielle Schieflage zu Lasten des Westens zu erzeugen? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordneter
Dr. Winfried
Pinger
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob großen Reisebüroketten bei der Nutzung des Kommunikationssystems START Sonderkonditionen eingeräumt werden? |
| 6. Abgeordneter
Dr. Winfried
Pinger
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung ggf. Angaben zur Höhe der Nutzungsgebühren für das START-System machen, und welchen Handlungsbedarf sieht sie, angemessene Nutzungsgebühren für alle Nutzer sicherzustellen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Wolfgang
Behrendt
(SPD) | Für wie viele Umzugsbetroffene werden nach neuesten Erkenntnissen Bundeswohnungen benötigt, und wie sieht der neuste Zeitplan für die Erstellung der einzelnen Projekte aus? |
| 8. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Wie rechtfertigt die Bundesregierung Überlegungen, entlang des künftigen Bundeskanzleramtes in Berlin aus Gründen des Lärmschutzes eine für nur kurze Zeit benötigte Umgehungsstraße für mehrere Millionen DM zu bauen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

9. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die angespannte Haushaltslage der Einrichtungen „Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung“, „Deutscher Entwicklungsdienst“ und „Deutsches Institut für Entwicklungspolitik“ auf deren vorbereitende Maßnahmen für den Umzug in die Bundesstadt Bonn, und welchen Stand haben die Umzugsvorbereitungen bei den genannten Einrichtungen bislang erreicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
**Wolfgang
Ilte**
(SPD)
- Welche Gründe haben das Bundesministerium des Innern dazu bewogen, im Juni 1996 mit einem Erlaß die restriktive Abgabepaxis von Polizeivollzugsbeamten bzw. Polizeivollzugsbeamtinnen (PVB) des Bundesgrenzschutzes (BGS) dahin gehend zu lockern, daß künftig jährlich bis zu 10 PVB in den Polizeivollzugsdienst der Länder versetzt werden können?
11. Abgeordneter
**Wolfgang
Ilte**
(SPD)
- Hält es das Bundesministerium des Innern mit Blick auf das Neustrukturierungskonzept des Bundesgrenzschutzes möglicherweise für angezeigt, die geltende Abgabepaxis dahin gehend weiter zu lockern, daß nicht nur nicht ausräumbare, besondere soziale Gründe für ein Versetzungsgesuch vorgebracht werden müssen, sondern auch den persönlichen Gründen der Antragsteller und Antragstellerinnen Rechnung getragen werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

12. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung einen Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Juli 1997 bestätigen, wonach der Bundesminister der Verteidigung zur Absicherung seiner eigenen Strategie in Sachen NATO-Osterweiterung und zur Beeinflussung der amerikanischen Politik bei der RAND-Corporation eine Studie in Auftrag gegeben hat, und wie lauten die genauen Titel des Auftrages und der Studie?

13. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welchen Einfluß hat die erwähnte RAND-Studie auf die Haltung der Bundesregierung zur NATO-Osterweiterung genommen, und in welcher Weise ist es der Bundesregierung gelungen, über diese Studie Einfluß auf die amerikanische Politik auszuüben?
14. Abgeordnete
Dr. Herta Däubler-Gmelin
(SPD)
- Treffen Mitteilungen der Presse zu, daß die Bundesregierung sich für die Verlegung des Forschungsinstituts für Optik (FGAN-FfO), umbenannt in Forschungsinstitut für Optronik und Mustererkennung (FGAN-FOM), in die Rheinlandkaserne Ettlingen entschieden hat und daß – entgegen der üblichen Verfahrensabläufe – der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gunnar Simon, diese Entscheidung an sich gezogen hat?
15. Abgeordnete
Dr. Herta Däubler-Gmelin
(SPD)
- Hat die Bundesregierung zur Überprüfung und Bewertung der dazu von interessierter Seite vorgelegten, im einzelnen in sich unstimmigen und auch immer wieder korrigierten Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Stellungnahme des Bundesrechnungshofes eingeholt, der mit diesem Vorgang befaßt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

16. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
- Trifft es zu, daß für die Trassenführung des geplanten Transrapid zwischen Berlin und Hamburg im Bereich Berlin-Staaken jetzt der Bereich südlich der Bahnstrecke zwischen Berlin und Hannover vorgesehen wird, und inwieweit hat diese Neuplanung Auswirkungen auf die Bauarbeiten und den Inbetriebnahmetermine der ICE-Strecke Berlin – Hannover?
17. Abgeordneter
Hansjürgen Doss
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Lufthansa AG und andere Fluggesellschaften für die Erhebung der Sicherheitsgebühr an deutschen Flughäfen eine Inkassogebühr erhalten, ohne die Reisebüros, die in Wirklichkeit die Sicherheitsgebühr erheben und auch hierfür haften, hieran zu beteiligen, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung hieraus zu ziehen?

- | | |
|---|---|
| 18. Abgeordneter
Hansjürgen Doss
(CDU/CSU) | Was hat das Bundeskartellamt bisher getan, um die Ausnutzung der Marktmacht der Deutschen Lufthansa AG und ihr vielfach als wettbewerbswidrig gewertetes Verhalten zu unterbinden? |
| 19. Abgeordneter
Hartmut Schauerte
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Lufthansa AG die Zusammenarbeit mit mittelständischen Reisebüros zugunsten der großen Reisebüroketten reduzieren will? |
| 20. Abgeordneter
Hartmut Schauerte
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Lufthansa AG den großen Reisebüroketten auf bestimmten Flugstrecken exklusive Sonderpreise einräumt, die diesen Ketten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den mittelständischen Reisevermittlern verschafft, und beabsichtigt die Bundesregierung, über ihre Vertreter im Aufsichtsrat hierauf Einfluß zu nehmen? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|---|
| 21. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD) | Trifft es zu, daß seit November 1996 deutsche Schüler bzw. Studenten, die zu längerfristigen Aufenthalten an Schulen in die USA reisen, mit „Schulgeld“ in beträchtlicher Höhe aufgrund neuer Visabestimmungen belastet werden, und wie bewertet die Bundesregierung dies im Hinblick auf den Schüleraustausch mit den USA? |
| 22. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD) | Was hat die Bundesregierung bereits unternommen, und was gedenkt sie noch zu tun, um den schon traditionellen Schüleraustausch mit den USA wieder ohne finanzielle Beschränkungen – und damit erhebliche Belastungen vor allem für Einkommensschwache – möglich zu machen? |
| 23. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD) | Wie rechtfertigt die Bundesregierung die schleppende Umsetzung der Deutsch-Tschechischen Erklärung, und wann ist mit einer Ausgestaltung des vereinbarten Zukunftsfonds zu rechnen? |
| 24. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD) | Wie oft wurde der Posten des deutschen Botschafters in Großbritannien in den letzten vier Jahren neu besetzt? |

25. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit dem ersten Zusammentreten des vor nunmehr sieben Monaten im Rahmen der deutsch-tschechischen Erklärung vereinbarten Gesprächsforums?
26. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab welchem Zeitpunkt hatte die Bundesregierung über die gegenwärtige Militärintervention der Türkei im Nordirak Kenntnis, und in welchem Rahmen wurde sie darüber informiert?
27. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die auch in der internationalen Presse vertretene Einschätzung, daß die Militärintervention der Türkei nicht aus einer akuten Bedrohung, sondern zur Unterstützung der Kurdisch Demokratischen Partei (KDP) erfolgte, und wie bewertet die Bundesregierung den Einmarsch türkischer Truppen völkerrechtlich?
28. Abgeordnete
Angelika Beer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Waffen und/oder andere militärische Geräte bzw. in der Türkei in Lizenz produzierte deutsche militärische Güter und/oder Dual-use-Güter bei der Militärintervention in den Irak zum Einsatz gekommen, und wenn ja, welche?
29. Abgeordnete
Angelika Beer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele türkische Militärs, militärische Anlagen und/oder Geräte seit der letzten türkischen Militärintervention in Frühjahr dieses Jahres auf irakischem Territorium verblieben sind, und welche Aufgaben hatten diese?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Handelsbilanz-Gewinn der 30 für den Index bei DAX zugrundeliegenden größten deutschen Unternehmen im Jahr 1995 und 1996 insgesamt, wobei diejenigen Zahlen gemeint sind, die in den Bilanz-Presskonferenzen offeriert werden als Gewinn?

31. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Wieviel Steuer haben die Unternehmen insgesamt in diesen Jahren bezahlt, und wie hoch waren die Rückstellungen und Verlustvorträge dieser Unternehmungen in denselben Jahren?
32. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die mit der Einführung des EURO vorhandenen Kosten, beispielsweise die Kosten für die Umstellung der kommunalen Fahrkartenautomaten und Parkuhren, und wer wird diese Kosten bezahlen?
33. Abgeordnete
Sabine Kaspereit
(SPD)
- Wie hoch sind die Investitionskosten für die Einrichtung der Oberfinanzdirektionen in den neuen Bundesländern insgesamt, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Investitionskosten, wenn die Einrichtungen im Zuge der Neuorganisation der Oberfinanzdirektionen innerhalb kürzester Zeit nicht mehr benötigt werden?
34. Abgeordnete
Sabine Kaspereit
(SPD)
- Welche Investitionen werden sich nach der Neuordnung der Oberfinanzdirektionen als unnötig erwiesen haben?
35. Abgeordneter
Heinz Schmitt (Berg)
(SPD)
- Wie viele Einkommensteuerpflichtige in Deutschland (in Prozent) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1993 bis 1996 nach dem geltenden Spitzensteuersatz veranlagt, und wie hat sich der prozentuale Anteil dieser Gruppe von Steuerpflichtigen am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer in diesem Zeitraum entwickelt?
36. Abgeordneter
Heinz Schmitt (Berg)
(SPD)
- Wie hoch lag die durchschnittliche Besteuerung aller einkommensteuerpflichtigen Beschäftigten in Deutschland seit 1993 bis 1996, und welchen Anteil hatte diese Gruppe von Steuerpflichtigen am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer 1993 bis 1996?

Bonn, den 26. September 1997

